



Ebert in Breslau.

* Der Reichspräsident Ebert folgte heute einer Einladung zur Besichtigung der oberschlesischen Ausstellung nach Breslau. Um 9 Uhr war auf dem Hauptbahnhof kleiner Empfang angelegt, zu dem die Generale von Friedeburg und von St. Ange, der Reichs- und Staatskommissar Göring, Polizeipräsident Voigt, Eisenbahndirektionspräsident Halke sowie vom Oberpräsidium Regierungsrat von Stutterheim erschienen waren. Der Reichspräsident war in einem an einen Personenzug angehängten Schlafwagen gereist, und dieser Schlafwagen wurde, als die Zeit des Empfangs herangerückt war, von einer Lokomotive in die Halle des Bahnsteigs II geschoben. Der Reichspräsident kam in Begleitung des Reichsministers Dr. Bell und des preussischen Ministers des Inneren Heine an. Während die zum Empfang erschienenen Personen Helm bzw. Zylinder aufgesetzt hatten, trugen der Reichspräsident und seine Begleiter schwarze steifen Hüte. Vom Bahnsteig wurden die Herren durch den gedeckten Gang und die Verkehrshalle nach dem mit roten Läufern belegten Fürstenausgang des Bahnhofes geleitet, wo sich auch Oberpräsident Philipp zu den empfangenden Persönlichkeiten gesellte. In Automobilen ging es zunächst nach dem Rathaus.

Im Rathaus.

Im Fürstensaal des Rathauses waren der Magistrat und der Vorstand der Stadtverordnetenversammlung versammelt. Man setzte sich an den Sitzungstisch des Magistrats, wobei der Reichspräsident zwischen dem Oberbürgermeister und dem Stadtverordnetenvorsteher Platz nahm.

In längerer Ansprache begrüßte Oberbürgermeister Dr. Wagner den Reichspräsidenten namens der Stadt Breslau. Er benutzte dabei die Gelegenheit, dem Reichspräsidenten die Beschwerden vorzutragen, die Breslau besonders in diesen Tagen Anlaß geben, zu klagen. Nachdem der Oberbürgermeister die Finanznöte der Kommunen erörtert und seine Ansicht dahin ausgesprochen hatte, daß zuerst das Reich komme und dann die Kommunen, daß die Reichsfinanzreform zuerst durchgeführt werden müsse, und daß dann, wenn erst wieder das Reich gesund und die Kommunen besseren Zeiten werden entgegengehen können, kam er auf die Zurücksetzung Breslaus zu sprechen. Er erhob bittere Klage über diese Zurücksetzung, die ihren besonderen Ausdruck fand in dem Fortfall der Schnellzüge für den Osten, während der Westen seinen Verkehr ungehindert behält. Wenn es notwendig sei, so sei der Osten selbstverständlich gern bereit, die Einschränkung auf sich zu nehmen, aber nur dann, wenn eine gerechte, gleichmäßige Behandlung erfolgt. Das sei aber nicht der Fall, und darüber sei man erbittert. Weiter wies der Oberbürgermeister auf die vergeblichen Bemühungen hin, nach Breslau eine Zweigstelle des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligungen zu erhalten. Im Reichsinteresse sei Oberschlesien jetzt abgepalten worden, das bedeute für Breslau einen schweren wirtschaftlichen Verlust. Es werde sich ein neues Wirtschaftszentrum bilden, das für die Stadt Breslau nicht gleichgültig sei. Über die Schwierigkeiten dürften durch besondere Zurücksetzung Breslaus nicht noch vergrößert werden. Er wies weiter auf die schlechte Versorgung Breslaus mit Kohlen hin, unter der die Stadt schwer leidet und schwer gelitten hat. Der Fortfall der Schnellzüge hat keine Besserung der Kohlenversorgung herbeigeführt. Er berührte auch die gewaltsamen Eingriffe gegen die Kohlentätige, die der Oberbürgermeister in der höchsten Not der Stadt vorgenommen hat, und zu denen er sich immer wieder als berechtigt ansehen wird, wenn die Not dazu zwingt. Er versicherte den Präsidenten schließlich der Treue der Stadt zum Reich, aber er erbte von ihm Gerichtigkeit.

Die Erwidrerung des Reichspräsidenten gegenüber diesen Klagen und berechtigten Beschwerden war außerordentlich unbefriedigend und enttäuschend. Es scheint in Berlin tatsächlich kein Verständnis für unsere Lage und unsere Zurücksetzung vorhanden zu sein. Denn sonst hätte man erwarten müssen, daß der Reichspräsident irgendwie sachlich auf sie einging, um wenigstens Abhilfe in Aussicht zu stellen. Statt dessen begnügte sich der Reichspräsident darauf hinzuweisen, daß überall geklagt werde und daß jeder glaube am meisten zu leiden.

Reichspräsident Ebert erwiderte ungefähr folgendes: Er danke für den freundlichen Empfang und habe mit Interesse von den Sorgen der Stadt Kenntnis genommen. Man solle versichert sein, daß diese Sorgen der Reichsregierung nicht ganz unbekannt seien; wenn er heute hinauskomme, so höre er überall bittere Klagen; im Süden wie im Norden, im Osten wie im Westen. Jeder Einzelne sei dabei immer der Meinung, daß er derjenige sei, der am meisten Unrecht leide. Die Reichsregierung und er seien bestrebt, so zu verfahren, daß die Lasten auf alle Schultern gleichmäßig verteilt werden. Die Reichsregierung sei sich bewußt, welche Bedeutung für das Reich die Arbeit und die Initiative der Kommunen habe. Bei dem Eingreifen in die bestehenden Verhältnisse werde man bestrebt sein, die Schaffungsfreudigkeit der Städte aufrechtzuerhalten. Wenn sei er der Einladung gefolgt, die Stadt Breslau und die Ausstellung zu besuchen, um erneut einen persönlichen Eindruck zu gewinnen von der Leistung deutscher Arbeit und Kultur in Schlesien. Die Stadt Breslau war immer ein Vorposten des Deutschtums. Die Gegenwart sei gezwungen, Breslau erneut die Aufgabe einer starken Warte deutscher Kultur und Wissenschaft im Osten zu übertragen. Er sei überzeugt, daß Breslau diese Aufgabe mit der gleichen Kraft erfüllen werde, wie es bisher hier deutscher Arbeit zur Geltung und zum Erfolg verholfen habe. Aller Deutschen Wünsche begleiten sie bei dieser Arbeit, und man bringe ihnen dazu alles Vertrauen entgegen.

Dann ergriff der Minister des Inneren Heine das Wort, um einen Gruß der preussischen Regierung an die Stadt zu richten, in der er selbst die glücklichsten Jahre seiner Kindheit und Jugend in der Nähe des Rathauses im Schatten der Magdalenenkirche (sein

Vater war Direktor des Magdalenen Gymnasiums) verlebte hat. Man wisse in Berlin, welche Bedeutung Schlesien und Breslau für Preußen habe. Er wies darauf hin, daß in diesem Saal Friedrich der Große die Verbindung mit Schlesien und Polen vollzogen, und daß diese Verbindung die Erhaltung des Deutschtums für Schlesien bedeutet hat. Für immer sei es dadurch mit dem Deutschtum verbunden. Der Minister erwähnte weiter, daß er gegenwärtig mit der Ausarbeitung der neuen Städteordnung beschäftigt sei. Dabei sei ihm zum Bewußtsein gekommen, daß die Kommunalverwaltung die Stelle sein soll, von der die Kräfte für das nationale Leben ausgehen. Breslau sei immer eine Stadt gewesen, in welcher ein musterhaftes kommunales Leben herrschte. Aber erst die Revolution mit der Beseitigung der Privilegien im kommunalen Wahlrecht habe alle Kräfte freigemacht. Die Kommunen würden es schwerer haben als früher; die Finanzen der Städte würden mit Rücksicht auf das Ganze eingeschränkt, das sei eine Notmaßnahme, denn die Aufgaben, welche den Kommunen auferlegt werden allein in kultureller Hinsicht, würden die Kommunen nicht leisten können, wenn sie nicht die Finanzhoheit haben.

Der Minister ging dann auf den Fortfall der Schnellzüge ein und erwähnte als besonderen Grund das Verschwinden der Kartoffeln vom Osten nach den Verbrauchsgebieten. Die Maßnahme sei nur vorübergehend, bis der Frost die Kartoffeltransporte unmöglich mache. Der Osten müsse als gebendes Land auch diese Erschwernisse auf sich nehmen. Zum Schluß bat er, man möge im Interesse des Vorwärtstommens mehr das Einigende und Verbindende betonen, und nicht so das Trennende. Man möge das Vertrauen nicht verlieren. Wer soviel leidet wie das deutsche Volk, sei geneigt, in Verbitterung zu verfallen und immer nach der Schuld zu fragen. Nur durch wechselseitiges Vertrauen und gemeinsame Arbeit werde man über die schweren Verhältnisse kommen.

Der Oberbürgermeister nahm die Reden der beiden Regierungsvertreter dankend zur Kenntnis mit dem Versprechen, daß die Stadt Breslau nichts unterlassen werde, um sich des Vertrauens würdig zu erweisen. Hiermit fand die Veranstaltung im Rathaus ihr Ende. Der Reichspräsident und die ihn begleitenden Herren fuhren dann nach dem Ausstellungsgelände hinaus.

In der Ausstellung.

Auf der Freitreppe des Ausstellungsgeländes hatten sich die Leiter der Ausstellung, die Spitzen und Dezernenten der Behörden und Vertreter verschiedener Verbände eingefunden. Im dem ersten Kuppelraum stellte Oberpräsidialrat, Geheimer Oberregierungsrat Dr. Schimmelpenning dem Reichspräsidenten eine Reihe von Persönlichkeiten vor. Die Behörden waren ungefähr vollständig vertreten. Man sah außer den bereits auf dem Bahnhof und im Rathaus erschienenen Persönlichkeiten den Regierungspräsidenten, den Konsistorialpräsidenten, die beiden Generalsuperintendenten, den Präsidenten des Oberlandesgerichts, den Präsidenten des Landeskulturamts, den Oberpostdirektor, den Landesgerichtspräsidenten usw. Als Vertreter Oberschlesiens war Regierungspräsident Bitta anwesend.

Oberpräsident Philipp begrüßte Herrn Ebert mit folgender Ansprache: Im Namen der Provinz Schlesien sowie im Namen des Zentralvolksrats für die Provinz Schlesien heiße ich Sie willkommen und begrüße Sie auf das herzlichste. Wir freuen uns, daß Sie unserer Einladung gefolgt sind, um die Größe schlesischer Arbeit und Kultur aus nächster Nähe zu schauen. Die bange Sorge um den Verlust schlesischer Landesteile weckte bei den Mitgliedern des Zentralvolksrats den Gedanken, der Welt zu zeigen, daß alle Errungenschaften auf dem Gebiete der Arbeit und Kultur deutscher Kraft, deutschem Geist entspringen sind, und daß bei einer Loslösung einzelner schlesischer Landesteile von Preußen-Deutschland eine Zertrümmerung aller dieser geschaffenen Kulturgüter die Folge sein müßte. Alles Große, was geschaffen wurde, zeigt nach Norden und zeigt nach Westen; es ist untrennbar mit Preußen-Deutschland verknüpft. Eine solche große und alte Kulturgemeinschaft läßt sich auch nicht durch ein Nachtwort trennen. Und der Notruf unserer Brüder in Oberschlesien und in den Kreisen Namslau und Groß Wartenberg, der Ausdruck der unwandelbaren Heimatliebe der Einwohner dieser Landesteile sind zugleich Ausdrücke der Verweisung über die gewalttätige Zerstörung der Errungenschaften deutschen Fleißes und deutschen Geistes. Wir danken daher dem Herrn Präsidenten für seinen Besuch in Schlesien, wo der Wille deutsch zu bleiben vielleicht noch stärker hervortritt als anderswo in deutschen Gauen. Kein Volk liebt seine Heimat so innig wie das schlesische, und keine Nacht der Erde wird diese Liebe zerstören können. Wir geloben dem Herrn Präsidenten unwandelbare Treue zu Preußen und zum Deutschen Reich in der Erwartung, daß alles geschieht, damit die gemeinsamen Errungenschaften deutscher Geisteskraft, deutschen Fleißes und deutscher Bildung im alten untrennbaren Schlesien verankert bleiben.

Reichspräsident Ebert erwiderte folgendes: Von Herzen danke ich Ihnen, Herr Oberpräsident, für Ihre freundliche Begrüßung. Die von Ihnen veranstaltete Ausstellung zur Schilderung der deutschen Kultur und Arbeit in Oberschlesien hat, wie ich von vielen Seiten gehört habe, einen vollen Erfolg erzielt und überall ein besonderes Interesse wachgerufen. Fern bin ich daher Ihrer freundlichen Einladung gefolgt, um selbst in der gedrängten Zusammenstellung Ihrer Ausstellung einen Gesamtüberblick von dem in mich aufzunehmen, was in jahrelanger langjähriger Kleinarbeit deutsche Kolonisten und deutsche Arbeiter, deutsche Bürger und deutsche Verwaltung, deutsche Kultur und deutsche Wissenschaft in dem uns nun bedrohten Oberschlesien geleistet haben. Die Veranstalter dieser Ausstellung haben sich zweifellos ein Verdienst um das Vaterland erworben, indem sie es unternahmen, in dieser Weise (Fortsetzung auf der nächsten Seite.)

Vom Tage.

* Reichspräsident Ebert hat gestern den Berliner Korrespondenten des Madrider „Imparcial“ zu einer Unterredung empfangen. Der Präsident sagte dabei u. a.: Unsere Lage sei schwierig. Die Regierung sei aber entschlossen, mit ganzer Kraft sie zu bessern. Die bereits mit Polen und der Tschechoslowakei abgeschlossenen Verträge seien die ersten Schritte, um zu einem herzlichen Einvernehmen mit unseren Nachbarn zu gelangen. Der bevorstehende Winter drohe uns mit einer furchtbaren Katastrophe. Aber alles soll versucht werden, sie zu vermeiden. Die Blockade des bolschewistischen Rußlands bezeichnete der Präsident als eine Sache, die unseren Prinzipien widerspricht. Die Regierung warte ab, welche Haltung die nächstbeteiligten neutralen Länder in der Sache einnehmen werden, um danach unser Verhalten festzustellen. Bezüglich der inneren Politik sagte der Präsident: Wir denken aufrichtig optimistisch. Die Stellung der Regierung gegenüber den Angriffen von rechts und von links ist heute stärker denn je. Die äußerste Linke wird jeden Tag schwächer. Worauf sich der Optimismus des Reichspräsidenten bezüglich der inneren Lage gründet, dafür fehlt leider jeder Anhalt. Spricht doch der Präsident selbst von einer furchtbaren Katastrophe die uns für den Winter droht. Von Versuchen sie zu vermeiden, merken wir leider nichts. Der Kohlen-Kommissar treibt ein mehr wie bedenkliche Politik und der Eisenbahnminister schlägt den Osten tot, um den Westen besser füttern zu können. Handel und Wandel liegen am Boden, und nur Wucher und Schieberkunst sind oben auf. Von der Latkraft, mit der die Regierung unsere schlimme Lage bessern will, ist bisher auf keinem Gebiete etwas zu spüren. Zum herzlichen Einvernehmen mit den Polen, wobei die Herzlichkeit nur auf Seiten unserer Regierung, liegt fehlt uns leider noch recht viel; einsehen haben wir immer noch dank der Mitherrsgelast unserer Unterhändler und der polnischen Unzuverlässigkeit und Unverlässigkeit überall den Kürzeren gezogen. Zum Optimismus sehen wir also wahrlich keinen Anlaß.

Mit Elsaß-Lothringen erleben die Franzosen wenig Freude. Dem Fortschrittsrummel der bestellten Empfänge und besprochenen Fuldigungen ist schnell genug der Dagenjammer gefolgt. Im „befreiten“ Lande gärt es heftig. Das Londoner Büro Reuters meldet jetzt, in Ettringen sei eine Verschwörung aufgedeckt worden, die auf die Neutralisierung Elsaß-Lothringens gerichtet sei. Der Führer Köhler und zwei andere Verschwörer seien verhaftet worden. Ein Gewerkschaftsführer, ein früherer Elsaß-Lothringischer Abgeordneter und ein französischer Sozialist sollen in die Angelegenheit verwickelt sein. Die Meldung ist nicht weiter verwunderlich, wenn man daran denkt, welche großartige Mitherrschafft die Franzosen in Elsaß-Lothringen eingerichtet haben. Die Opposition gegen die Kulturbedingungen der französischen „Befreier“ hat sich, wie erinnerlich, in der letzten Zeit wiederholt und in recht lebhafter Form geäußert.

In Sachen der Entsendung deutscher und österreichischer Delegierter zu der Arbeiter-Konferenz in Washington verbreitet das offiziöse Wolffbüro die Meldung, dem deutschen Gewerkschaftsverband sei durch neutrale Vermittlung die Erklärung zugegangen, daß der Oberste Rat der alliierten und assoziierten Regierungen die Zulassung der deutschen und österreichischen Delegierten als vollberechtigte Mitglieder zu der Konferenz empfohlen habe. Die deutsche Regierung habe sich unter diesen Umständen in Übereinstimmung mit der Auffassung des deutschen Gewerkschaftsverbandes entschlossen, Delegierte nach Washington zu entsenden. Man ist also in dem Hin und Her der Entschlüsse gegenwärtig zu der Entscheidung gelangt, nach Washington zu gehen — wenn es morgen nicht wieder anders kommt. Denn die Zulassung ist einstweilen von der Entente erst „empfohlen“. Die praktischen Ergebnisse einer deutschen Beteiligung dürften ohnehin recht bescheiden sein. Die Entente wird schon dafür sorgen, daß nur das beschlossen wird, was ihr paßt.

Die Auslieferungslisten.

Es Nach der Presse der Entente und nach den Meldungen, die aus dem neutralen Ausland zu uns gelangen, kann es einem Zweifel kaum mehr unterliegen, daß der Verband auf der im Friedensverträge unter Zwang zustandgekommenen Auslieferung der von ihm genannten Personen bestehen wird. Neuerdings finden polnische Blätter an, daß auch Polen Persönlichkeiten für die Auslieferung namhaft gemacht hat. Dazu bemerkt die offiziöse „Dtsche. Allg. Ztg.“: Wie wir in dieser Materie überhaupt auf das angewiesen sind, was die auswärtige Presse schreibt, so ist auch hierüber amtlich nichts bekanntgegeben, ob und welche Persönlichkeiten die Polen für die Auslieferung namhaft gemacht haben. Aber die zuständigen Stellen gaben auf Befragen bekannt, daß der Amnestievertrag, der zwischen Deutschland und Polen zustandgekommen ist, sich auf alle Vergeben oder vermeintliche Vergeben bezieht, die während der Besetzungszeit von Deutschen im Kongresspolen begangen sind oder begangen sein sollen. Der Amnestievertrag — darüber haben die Verhandlungen keinen Zweifel gelassen — schließt daher einen polnischen Anspruch auf Auslieferung von deutschen Persönlichkeiten zur Aburteilung schlechthin aus.

Bolschewistische Niederlage in Südrußland.

London, 21. Oktober. (Neuter.) Westlich Kholmel in Südrußland haben Kosaken eine bolschewistische Division in die Flucht geschlagen und dabei 6000 Gefangene gemacht und 27 Kanonen erbeutet. Südwestlich von Crel wurde eine feindliche Kolonne von 1000 Mann teilweise umzingelt und vollständig vernichtet; der Rest entloh nach Norden. Verstärkungen von Freiwilligen-Truppen haben dann Kiew mit Ausnahme der westlichen und nordwestlichen Vorstädte von Bolschewisten gesäubert.

ein Bild deutscher Kultur und Arbeit in dieser Grenzmark zu geben. Daß diese Arbeit eine eindringliche Sprache auch zu den Fernstehenden und den uns unfreundlichen Gesinnten reden und alle Welt davon überzeugen möge, wie sehr Oberschlesien zu Deutschland gehört, daß sie dazu beitragen möge, dem Rechte zum Siege zu verhelfen, das ist der Wunsch, mit dem ich Ihre Begrüßung erwidere und mit dem wir alle Ihre Arbeit begleiten. In erster Stunde haben Sie den Befürchtungen und Hoffnungen des ober-schlesischen Volkes Ausdruck verliehen. Ich danke Ihnen von Herzen, daß Sie mir Gelegenheit geboten haben, Sie zu versichern, daß ich Ihre Gefühle teile, daß ich und mit mir die deutsche Regierung keine größeren Sorgen kennen, als die Oberschlesien, das kostbare Kleinod aus dem reichen Schatz der deutschen Lande, bei Deutschland zu erhalten.

Wer noch daran zweifeln könnte, daß Oberschlesien deutsches Land ist, und zu welcher hoher Blüte es sich in seiner Verbindung mit Preußen und dem Deutschen Reiche entwickelt hat, wie das wirtschaftliche und kulturelle Wesen in einer mehr als sechshundertjährigen Geschichte deutsches Gepräge gewonnen hat, der hat sich von diesen Tatsachen durch die Ausstellung „Arbeit und Kultur in Oberschlesien“ überzeugen müssen, die eine eindringlichere Sprache redet, als Bücher und statistische Werke. Jeder Deutsche muß die Abtrennung Oberschlesiens vom Reiche als schmerzliches Unrecht empfinden. Dieses Unrecht gilt es mit allen Mitteln der Überzeugung und Gerechtigkeit zu verhüten. Leider haben irreführende Scharen versucht, an Stelle des Rechtes die Gewalt zu setzen; leider ist auf ober-schlesischem Boden Blut geflossen. Aber der Gewalt haben wir mit Gewalt begegnen müssen und wir wissen den Männern Dank, die ihr Leben für die Erhaltung der Oberschlesien in die Schanze geschlagen haben. Ehre dem Andenken der Braven, deren Blut für das Vaterland geflossen ist.

Ein Kampf der Geister steht uns bevor, die Volksabstimmung soll über das staatliche Schicksal Oberschlesiens entscheiden. Unsere Pflicht ist klar vorgezeichnet. Die ober-schlesischen Deutschen sollen sich dabei von ihren deutschen Brüdern nicht verlassen fühlen. Mit Rat und Tat soll ihnen Hilfe werden. Die Regierung wird allen Einfluß aufbieten, um die Zeit der fremden Besetzung, die der Abstimmung vorangeht, so gestalten zu lassen, daß sie der Bevölkerung erträglich ist, daß der Bürger seiner gewohnten Tätigkeit nachgehen, der Arbeiter seinen Erwerb findet, der Landmann seine Scholle bearbeiten und daß in den Grenzen der öffentlichen Ordnung die deutsche Werbearbeit sich zu entfalten vermag, bis die Stunde der Entscheidung schlägt. Mit fester Zuversicht sehe ich dieser Stunde entgegen. Oberschlesien soll deutsch bleiben! Aber auch dem nicht dem deutschen Stamme angehörigen Teil der ober-schlesischen Bevölkerung soll eine Zukunft kultureller Freiheit erblichen. Im neuen Deutschland soll auf dem Boden der Rechtsgleichheit und Selbstverwaltung ein freier Geist für alle herrschen. Jeder Staatsbürger, der loyal seine Pflichten dem Staatswesen gegenüber erfüllt, soll sich kulturell frei entfalten dürfen. Kein Zwang der individuellen Entwicklung, Ordnung im Rahmen des allgemeinen Ganges, das sei die Lösung.

Dann wurde der Präsident von den Leitern der Ausstellung, den Museumsdirektoren Mascher und Seger und den andern Mitarbeitern am Werke durch die einzelnen Abteilungen der Ausstellung geführt.

Nach dem Besuch der Ausstellung folgte eine Sitzung im Landeshause, wo die ober-schlesischen Fragen den Gegenstand der Besprechung bildeten.

Unfall des Reichspräsidenten.

Als der Wagen des Reichspräsidenten und der Begleitung von der Ausstellung nach dem Landeshause fuhren, lief am Orlauer, Ede Felstraße, ein Kind vor den Wagen. Bei dem Versuch, den Wagen zu bremsen, schlug er auf, und riß zwei Straßenpassanten um, die schwer verletzt wurden. Die Insassen des Wagens, darunter der Vizepräsident der Nationalversammlung Adde kamen mit leichten Verletzungen davon.

Aus den parlamentarischen Ausschüssen.

Die Reichsabgabebearbeitung.

§§ Der Ausschluß der Nationalversammlung für die Reichsabgabebearbeitung letzte Dienstag seine Beratung in zweiter Lesung mit dem Abschluß der Wertermittlung fort. Nach § 137 ist bei Bemerkungen, soweit nichts anderes vorgeschrieben ist, der genehmigte Wert zugrunde zu legen. § 137 wird unverändert nach dem Beschluß erster Lesung angenommen. §§ 141—142 werden nach dem Beschluß erster Lesung angenommen. Der letztere erhält bei Antrag vom Zentrum einen Zusatz, wonach der Steuerpflichtige bei Wertpapieren, die mit Gewinnanteilscheinen behandelt werden, einen Betrag abgeben kann, der für die Zeit der Auszahlung des letzten Gewinns verstrichenen Zeit dem zuletzt verteilten Gewinn entspricht. Dies gilt nicht, wenn auch der laufende Gewinn entsprechend gemindert werden muß. Im übrigen wird der Abschnitt der Wertermittlung mit geringen Änderungen angenommen. Im Abschnitt über die Ermittlung der Steuer bestimmt § 170, daß die Auskunft nach § 177 von Ärzten, Verteidigern und Rechtsanwälten in Strafsachen verweigert werden kann. Der Paragraph wird nach unerschütterlicher Debatte unverändert angenommen. — Nächste Sitzung Mittwoch.

Der Etat des Auswärtigen Amtes.

§§ Der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung beschloß sich heute weiter mit der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes. Abgeordneter Pfeiffer (Ztr.) empfiehlt eine Zusammenlegung von Konsulaten und Gesandtschaften im Auslande. Schließlich empfiehlt der Redner die Schaffung einer Volksschule im Vatikan. Abgeordneter von Graefe (Dshnat.) glaubt, daß die deutsche Delegation in Versailles eine Verminderung erfahren könnte. Der Redner berührt die Auslieferungfrage, das persönliche Regiment in der Vergangenheit und weist darauf hin, daß dem Haushaltsausschuß volle Freiheit in der Behandlung des Auswärtigen Amtes gewahrt bleibe. Abgeordneter Stüden (Sog.) verlangt, daß die Vertreter Deutschlands im Auslande sich auf den Boden der Republik stellen müßten. Reichsminister Müller bemerkte, eingehend auf eine Anzahl Anfragen, daß die diplomatischen Vertreter Deutschlands im Auslande lediglich nach sachlicher Eignung gewählt werden. In keinem Amt in Deutschland seien in letzter Zeit soviel Beamte verabschiedet worden, wie beim Auswärtigen Amt. Offiziere, die sich auf den Boden der Versöhnung stellen, werden, wenn sie in ähnlicher Stellung verwendet worden sind, auch weiter im Dienst des Auswärtigen Amtes beschäftigt werden. Die Zahl der deutschen Amtspersonen in Versailles beträgt 22. Die Beamten erhalten neben freier Verpflegung ein Tagegeld von 20 Frs. Außerdem ist allerdings auch die Anwesenheit einer Anzahl Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens in Versailles erforderlich. Ein Verbot der Eheschließung zwischen deutschen Diplomaten und Ausländerinnen ist bisher nicht erfolgt. Die Angelegenheit wird geprüft werden. Weiter teilt der Minister mit, daß die mittleren Beamtenstellen beim Auswärtigen Amt vermindert worden sind, daß dagegen im Hinblick auf die Neuordnung der Dinge die Zahl der höheren Beamtenstellen vermehrt werden mußte. Der Frage einer Zusammenlegung von Generalkonsulat und Gesandtschaft sei die Regierung bereits nähergetreten. An der Unterhaltung guter Beziehungen zum päpstlichen Stuhl habe die Regierung ihr größtes Interesse und werde in diesem Sinne handeln. — Fortsetzung Mittwoch.

Verschiedene Mitteilungen.

D. R. Prinz August Wilhelm ist, wie aus Rotterdam gemeldet wird, am Montag zu einem Besuch des Kaiserpaars in Amerongen einetroffen.

Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei Staatsminister Bergt vollendet am 22. Oktober sein 50. Lebensjahr. Oskar Bergt ist am 22. Oktober 1869 als Sohn eines Arztes in Raumburg an der Saale geboren. Nach Ablegung der Staatsprüfungen war er kurze Zeit als Amtsrichter in Liebenwerda (Prov. Sachsen) tätig. Darauf trat er zur Verwaltung über, gehörte der Regierung in Silberstein und dem Oberpräsidium in Hannover je ein Jahr lang als Regierungsrat an. Im Jahr 1904 wurde er ins Finanzministerium berufen, in dem er 11 Jahre lang bis 1915 in hervorragenden Stellen tätig war. Von 1915 bis 1917 war er Präsident der Regierung zunächst in Liegnitz, dann in Opatowitz, 1917 wurde er zum preussischen Finanzminister ernannt; dieses Amt bekleidete er bis zur Revolution. Bei Gründung der Deutschnationalen Volkspartei wurde er zum Vorsitzenden der Partei gewählt. Der preussischen Landesversammlung gehört er als Vertreter des Wahlkreises Magdeburg-Anhalt an.

Kohlennot und Studentenchaft. Wir lesen in der „Täglichen Rundschau“: Daß auch unerer Studentenchaft von der Kohlennot schwere Schädigungen drohen, bemerkt eine Erklärung, die der Verwaltungsdirektor des Berliner Museums für Naturkunde, Geheirat Prof. Kuntze, am Eingang seiner gestrigen Vorlesung seinen annähernd 300 Hörern abgab. Danach ist die für das Museum und die drei darin untergebrachten Universitätsinstitute bestimmte Kohlenladung Kohlen zurzeit von der Berliner amtlichen Verteilungsstelle für ober-schlesische Steinkohlen beschlagnahmt und, wie später erklärt wurde, einem industriellen Betriebe zugeordnet worden. Damit stehen die davon betroffenen Institute und gleichzeitige Hunderte von Studierenden vor der drohenden Möglichkeit, daß wegen Mangels an Heizmaterial die begonnenen Vorlesungen und Übungen des Wintersemesters ausgesetzt werden müssen. Für die Studierenden in diesem Semester, die fast alle Kriegsteilnehmer sind, wäre das geradezu verhängnisvoll, da sie dadurch ein halbes Studienjahr verlieren würden. Die Beschlagnahme ist auch dadurch merkwürdig, daß weder die betreffende Stelle im Kohlenverteilungsamt noch der Schiffer, der noch kurz vorher der Museumsverwaltung die baldige Ankunft seines Rahmens in Berlin angezeigt hatte, es für nötig gehalten haben, der Museumsverwaltung eine Mitteilung über die Beschlagnahme zugehen zu lassen. Diese Behandlung einer großen staatlichen Einrichtung und die Zurückhaltung ihrer wichtigsten Interessen zugunsten eines Privatbetriebes sind Dinge, die hoffentlich noch weitere Aufklärung finden. Auf alle Fälle kann aber die davon mitbetroffene Studentenchaft erwarten, daß schleunigst Abhilfe geschaffen wird.

w. Beilegung des Frankfurter Eisenbahnkonflikts. Zwischen den Frankfurter Eisenbahnern und der Eisenbahn-Direktion ist gestern nachmittag der Konflikt in einer öffentlichen Sitzung des deutschen Eisenbahnverbandes beigelegt worden.

D. Die Auslieferung Leblens. Nach einer Münchener Meldung des Wiener „Neuen Tag“ herrscht bei der bayerischen Regierung Verwirrung über die bisherige Abweisung der bedingungslosen Auslieferung Leblens durch die Wiener Regierung, da es sich bei Leblen in erster Linie um gemeine Verbrechen, nämlich um die Anstiftung zum Mord, handelte. Die bayerische Regierung hat eine Antwort bis zum Zusammentritt des bayerischen Parlaments verlangt und droht mit Gegenmaßnahmen gegen Deutschland, falls die Angelegenheit nicht auf schnellstem Wege erledigt wird.

Schlesien.

Zur Linderung der Kartoffelnot.

* Der schlesische Landbund wendet sich mit nachstehendem Aufruf an seine Mitglieder:

„Landwirte! Mitglieder des schlesischen Landbundes! Die schlesischen Städte sind in größter Kartoffelnot und bitten uns, Euch aufzufordern, ungehäumt Kartoffeln zu liefern. Im Interesse der darbenenden Bevölkerung kommen wir dieser Bitte nach. Der einzelne Konsument darf nicht unter dem Mangel der Zwangswirtschaft leiden, da er an ihr unschuldig ist. Darum liefert rasch und reichlich Kartoffeln!“

Ein verproletarisiertes akademischer Stand.

Von der Gewerkschaft schlesischer Studienassessoren und -referendare erhalten wir folgende Zuschrift:

Die Lage der nicht festangestellten Philologen schreit nachgerade berart zum Himmel, daß man nicht oft und eindringlich genug vor diesem Jammertal warnen kann. Denn noch immer gibt es Eltern, die ihre Söhne das Studium der Schulwissenschaften erpressen lassen, zumal sie jetzt gehört haben, daß zu Ostern noch Hilfskräfte in den höheren Schulen eingestellt werden müßten, und daraus schließen, daß die Ausfälle im Oberlehrerberuf noch ganz günstig seien. Das ist aber nicht der Fall. Vielmehr gehen die Bewerber für den Oberlehrerberuf einem namenlosen Elend entgegen, ein Elend, an dem auch das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung nicht ohne Schuld ist: denn es hat die Dinge einfach ihren Gang laufen lassen und es nicht für nötig gehalten, wie es z. B. in Bayern bereits geschehen ist, eine amtliche Warnung vor dem Oberlehrerberuf mit genauen statistischen Angaben zu erlassen.

Ob von Weisagern ab wieder alle Studienassessoren beschäftigt sein werden, ist sehr fraglich; denn die Beiträgen der nach ihrer Entlassung aus dem Gelehreramt beurlaubten Oberlehrer werden aufhören, die kriegsgegangenen Oberlehrer kehren zurück, die Oberlehrer aus den abgetretenen Gebieten müssen beschäftigt werden. Auch die Zahl der Kriegsteilnehmerkurse wird allmählich zurückgehen. Die Zahl der Bewerber aber wächst immer mehr. Schon jetzt gibt es 4 bis 5000 Studienassessoren und -referendare, und dazu kommen in den 5 bis 6 Jahren noch mindestens 11 000 hinzu, da es augenblicklich mindestens 15 000 Studierende der Schulwissenschaften gibt, von denen erfahrungsgemäß drei Viertel in den Schulberufen eintreten. Es würden also jährlich etwa 2000 ihr Schicksal bestimmen. Eine Anstellung werden aber in Zukunft jährlich kaum mehr als 400 bis 450 finden; der Jahresbedarf beträgt also ein Viertel des Nachwuchses.

Zu demselben tröstlichen Ergebnis kommt man, wenn man von der Zahl der vorhandenen Oberlehrerstellen ausgeht. Es gab bisher in Preußen etwa 10 500 Stellen. Jetzt muß man davon etwa 700 Stellen abrechnen. Die durch die abgetretenen Gebiete verloren gehen, und ferner muß man berücksichtigen, daß die Einheitschule den höheren Schulen wohl den Verlust der Sekta, also von etwa 1000 Stellen bringen wird. Da ist es nicht seine Übertreibung, wenn man berechnet hat, daß in den nächsten 6 bis 8 Jahren die Zahl der Studienassessoren über 10 000 hinauswachsen, daß es also bald mehr Assessoren als Oberlehrerstellen geben und die Wartezeit der Assessoren schließlich ein Vierteljahrhundert betragen wird.

Aus diesen Tatsachen sollte ein jeder die Folgerung ziehen und sich nach Möglichkeit nach einem anderen Beruf umsehen, wenn er nicht mit sich einen unbewingbaren Drang zum Lehrberuf in sich fühlt. Denn die Aussicht auf eine belohnt erträgliche Lage wenigstens nach der Anstellung kann doch bei dem Oberlehrerberuf keinen locken. Eine Denkschrift des Lübecker Philologenvereins hat festgestellt, daß bis zum 66. Jahre bei den Lübecker Gehaltslägen (4000 bis 5500 M.) der Oberlehrer 71 Prozent des Lohnes

des gelernten Arbeiters und 81 Prozent des Durchschnittsarbeiters verdient. Erreicht also somit das Gehalt eines Oberlehrers nicht einmal die Höhe des Einkommens eines Durchschnittsarbeiters, so ist es mit der Bezahlung der vollbeschäftigten Studienassessoren noch viel schlechter bestellt. Das höchste Einkommen eines Studienassessors, der in der teuersten Ortsklasse A wohnt, verleiht ist und fünf Wartelahre hinter sich hat, beträgt augenblicklich nach staatlichen Sätzen 6815 M., sein Anfangsgehalt unter denselben Voraussetzungen 4440 M. Darin sind also sämtliche Teuerungszulagen eingeschlossen, und somit erreichen die wenigsten das Existenzminimum von 6000 M., das von der schlesischen Regierung jetzt festgesetzt ist, geschweige denn das Existenzminimum von 9000 M., wie es die „Deutsche Juristenzeitung“ berechnet hat. Na, der Staat sorgt nicht einmal dafür, daß den Studienassessoren nun auch wenigstens die geringen staatlichen Sätze unter allen Umständen ausbezahlt werden! Es sind das ja ungläubliche Zustände, daß sich die preussische Landesversammlung einmal mit dieser Angelegenheit befassen sollte.

Einige Punkte seien noch berührt. Zwei wichtige Forderungen sämtlicher preussischer Oberlehrer lauten dahin, daß die Studienassessoren im Gehalt und Wohnungsgehalt den Oberlehrern gleichgestellt werden, und daß das Beförderungsalter zum Tage der Anstellungsfähigkeit an gerechnet wird; denn es sollte wahrhaftig doch jeder befördert werden nach dem, was er leistet, und nicht danach, was für eine Amtsbezeichnung er führt. Und die zweite Forderung ist auch um so berechtigter, als man doch niemandem bei der jetzigen langen Wartezeit mit sehr geringen Anfangsgehältern beginnen lassen kann. Eine Reihe von Städten ist schon dem Schicksal vorangegangen, will er nicht auch endlich darin folgen? Ferner wird auch vom Ministerium anerkannt, daß die Höchstzahl der Zahl in den einzelnen Klassen auf 40, 20 und 20 herabgesetzt werden muß im Interesse eines gedeihlichen Unterrichts, um eine individuelle Behandlung der Schüler zu ermöglichen.

Somit muß jeder Studienassessor die Umzugskosten selbst bezahlen, wenn er — im Interesse des Unterrichts! — von einer Stadt in die andere zu Vertretungen gefahrt wird! Und zweitens gibt es Städte, die Kriegsteilnehmern Schwierigkeiten bei ihrer Anstellung bereiten, wenn sie sich auch nur geringe Leiden im Felde erworben haben, die sie im Unterrichte gar nicht behindern, z. B. Neutän. Hier einzugreifen, wäre eine ernste Pflicht der Landesversammlung.

Der Aberfall auf die Meißner Landwirte.

* Über den überfall auf die landwirtschaftliche Demonstration in Meisse wird uns noch berichtet:

Am Sonntag, 10. d. Mts. 1 Uhr 30 Min. nachmittags hatten sich die Mitglieder der Verbände christlicher Landwirte von Meisse, Grottkau und Falkenberg in Meisse zusammengelassen, um eine Massendemonstration gegen die Zwangswirtschaft zu unternehmen. Sie ordneten sich vor dem Bahnhof zu einem Zuge, der sich mit einer Musikkapelle und drei Reitern an der Spitze zu dem Versammlungslokal der Restauration „Zur Erholung“ in größter Ruhe und Ordnung bewegte. Auf dem Weg hatte die sozialdemokratische Partei zur Gegenveranstaltung einberufen. Als der Zug der Landwirte auf dem Ring ankam, brangen ungefähr 100 mit Gummihüpfeln und Stöcken bewaffnete junge Huren auf den Zug ein, zerprengten die Musikkapelle, mißhandelten die Reiter, sodas sich schließlich eine blutige Schlägerei entwickelte, bei der eine ganze Anzahl Personen nicht unerhebliche Verletzungen davontrugen. Der Zug setzte dann seinen Marsch nach dem Versammlungslokal fort. Das Tor zu demselben war wiederum von Anhängern der Gegenveranstaltung besetzt und mußte erst gewaltsam geöffnet werden. Es gelang einem Teil des Zuges in das Versammlungslokal hineinzukommen. Dann besetzte wiederum die Gegenpartei das Tor und verhinderte dadurch das Zustandekommen der Versammlung. Auch in dem Versammlungslokal besetzte sie die Rednertribüne und führte in jeder Art und Weise das Abhalten der Versammlung, die schließlich durch die Polizei aufgelöst wurde.

Sowohl der Umzug der Landwirte wie die Versammlung waren polizeilich angeordnet. Es wäre also unter allen Umständen die Pflicht der Polizei gewesen, das Zusammenprallen der beiden Parteien zu verhindern. Sie tat aber nichts und auch bei dem Zusammenprallen selbst war kein Polizist zu sehen. Erst später fanden sich auf telephonischen Anruf zwei Polizisten in dem Restaurant „Zur Erholung“ ein. Daß von seiten der Anhänger der Gegenveranstaltung der Angriff geplant war, beweist der Umstand, daß sie zum Teil mit Gummihüpfeln ausgerüstet waren. Auch das kühnere Vordringen und Befestigen des Tors des Versammlungslokales ist ein schlagender Beweis dafür. Die sozialdemokratische Partei in Meisse scheint die Versammlungsfreiheit so aufzufassen, daß die Straße nur für sie da ist.

Breslauer Katholikentag.

no. Mit der gestern abend im großen Saale des Schickwerber abgehaltenen dritten öffentlichen Versammlung fand der Breslauer Katholikentag seinen Abschluß. Am Laufe des Tages hatten Beratungen stattgefunden, die dem Wohl unserer Jugend und ihrer Erziehung in Elternhaus und Schule galten. Nächstens Konzeption „Christ und die Kinder“ leitete die wiederum äußerst hart besuchte Versammlung ein, deren Leitung Kanonikus Wlasczak übernommen hatte. Pfarrer Dr. Marxen (Hannover) verbreitete sich als erster Redner über das zeitgemäße Thema „Elternpflichten in neuen Staaten“, die er an der Hand der zehn Gebote trefflich erläuterte. Eine gut illustrierte Bibliothek dürfte in jeder christlichen Familie ebensovienig fehlen wie Erzeugnisse christlicher Kunst. Der zur Förderung der Sonntagsheiligung während des Krieges entstandene Sonntagsbund verdient eifrigste Unterstützung. Zum Kampf um die christliche Erziehung und Schule trat die Sorge um die Kriegswaisen und die Dienstkinder. Das moderne Theater und Kinomovie wie die moderne Bekleidungsart sind namentlich von den großen katholischen Frauenorganisationen zu bekämpfen. Nach dem Vortrag eines der Hl. Hedwig geweihter Liebesreferierte Kräulein Dr. Franz (Wahl) über „Die Beteiligung der Frauenwelt an der sozialen Arbeit“, die das ausammengebrochene Vaterland bei seinem Aufbau in wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Beziehung erfordern wird. Mütter und Schreiberium, Steuerflucht und Generalstreik sind Ausfektionen gegen den so notwendigen Gemeinwohl und die christliche Liebe, die zu pflegen vornehmliche Aufgabe der deutschen Frau ist, wozu weiter die Pflichten von Autorität, Pflicht, Ordnungsliebe, Kommissien und Volkstreue treten muß. Zur Mitarbeit auf jedem Gebiete bereit, müssen die Frauen ihre Organisationen stärken und sich namentlich in das politische Leben hineinzuaktivieren suchen. Nachdem der Sänator der „Katholikentag“ von Kanonikus Dr. Gehrke abgehandelt hatte, hielt Fürstbischof Dr. Vertman die Schlußansprache, in der er auf die tiefschmerzlichen Erfahrungen des Breslauer Katholikentages hinwies, der eine Erhebung und Vertiefung des katholischen Glaubenslebens brachte sowie die Bereitwilligkeit zum mutigen Ausprobieren aller inneren Kräfte und das Bewußtsein unzerstörbarer Einheit ausstrahlte. Besondere Opferwilligkeit möge den Glaubensgenossen in der Diaspora entgegengebracht werden. Der Fürstbischof schloß mit der Bitte, das Bonifatiuswerk, Treue zur kirchlichen Autorität, Innerlichkeit und Opfermut getreulich zu hüten, und erteilte hierauf der Versammlung seinen bischöflichen Segen. Der gemeinsame Wunsch, das dem laudamus bildete den Abschluß des Breslauer Katholikentages, an dem sich als Nachfeier eine brut stattfindende öffentliche Versammlung des Odbawischen Landesverbandes des katholischen Frauenbundes knüpfte.

